

# GMM and optimal principal components-based Bayesian method for multimode fault diagnosis.

*'die fragen zu umweltbelangen verschiedenster art - sei es die entsorgung atomarer brennstäbe oder die maßnahmen gegen luftverunreinigungen - sind schon lange fragen, die nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler ebene angegangen werden. dazu gibt es in europa seit den siebziger jahren programme zur verbesserung der umweltsituation, in deren rahmen auch umweltberichtssysteme zum 'monitoring' der umweltsituation entwickelt wurden. daß die umwelt ein gesamteuropäisches aufgabenfeld darstellt, ist nicht nur meinung der politiker. auch die befragten des eurobarometers waren 1995 immerhin schon zu mehr als zwei dritteln der ansicht, daß der schutz der umwelt eine aufgabe sei, die auf der ebene europa angegangen werden sollte und nicht mehr nur auf nationaler ebene zu lösen sei. im rahmen der europaweiten umfrage 'eurobarometer', in der regelmäßig die bürgerinnen und bürger zu aktuellen themen befragt werden, wurden seit 1982 fünfmal auch fragen zur umwelt und zum umweltschutz gestellt. die subjektive wahrnehmung und bewertung der umwelt und die unterschiede zwischen den befragten in den ländern der europäischen union stehen im vordergrund dieses beitrags. ausgehend von der allgemeinen frage der wichtigkeit von umweltschutz gilt ein besonderes augenmerk den informationsquellen, die die befragten für umweltschutz wahrnehmen und vor allem der glaubwürdigkeit, die diese quellen besitzen. die besorgnis über ausgewählte umweltprobleme wird schließlich vom großen zum kleinen maßstab hin, d.h. von der lokalen über die nationale bis hin zur globalen ebene analysiert. inwieweit sich die sorge um umweltprobleme auch in umweltbewußtem verhalten niederschlägt und ob die befragten bereit wären, gar wirtschaftliche einbußen oder eine ökosteuer hinzunehmen, wird am ende des beitrags diskutiert.'*

## 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man1998s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben.